WP-01-K1-1157

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Jakob Everding (KV Plön)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 1156 bis 1160 einfügen:
ungesunde Lebensmittel schützen und Geschmacksaromen für E-Zigaretten, die besonders junge Menschen zum Konsum verleiten, vom Markt verbannen. Den Konsum von gesunden Lebensmitteln wie Obst und Gemüse wollen wir mit geeigneten Maßnahmen gezielt fördern. Daher setzen wir uns für eine Senkung der Mehrwertsteuer auf diese Lebensmittel ein und sorgen dafür, dass diese Entlastung auch bei den Verbraucher*innen ankommt. Damit wollen wir insbesondere gesundheitsbewusste, sozial benachteiligte Menschen unterstützen. Zudem tragen stark zuckerhaltige Softdrinks wesentlich zu Übergewicht, Adipositas und Folgeerkrankungen bei. Gerade im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes setzen wir uns für wirksame Maßnahmen zum Senken des Zuckergehalts von Softdrinks ein. **So setzen wir uns unter anderem für die Einführung einer Verbrauchersteuer auf zuckerhaltige Getränke ("Zuckersteuer") ein.**

Begründung

Die im Bundestagswahlprogramm beschriebenen Positionen zur Gesundheitsprävention und speziell zu gesunder Ernährung sind sehr begrüßenswert. Dieser Änderungsantrag ergänzt dazu zwei konkrete Maßnahmen:

1. Eine Senkung der Mehrwertsteuer kann ergänzend zu genannten Einschränkungen (Schutz vor Werbung für ungesunde Lebensmittel) zu höherer Nachfrage nach gesunden Lebensmitteln führen. Die Preiselastizitäten dazu sind weitreichend wissenschaftlich untersucht (siehe bspw. Andreyeva el al., 2010: "The Impact of Food Prices on Consumption: A Systematic Review of Research on the Price Elasticity of Demand for Food").

2. Eine Verbrauchersteuer auf zuckerhaltige Getränke ("Zuckersteuer") existiert bereits in vielen Ländern und hat sich allgemein als effektive Maßnahme zur Gesundheitsprävention bewährt. Unter anderem die WHO empfiehlt das Einführen einer Zuckersteuer. Hierzu ist ebenfalls die oben zitierte Studie von 2010 relevant. Auch von verschiedenen Bundesländern wurde dies bereits gefordert - was aber bisher aufgrund der Blockade der FDP nicht aus Bundesebene umsetzbar war. Vermutlich war diese Maßnahme auch schon im vorliegenden BWP-Antrag gemeint - sie wie hier vorgeschlagen konkret zu nennen unterstreicht noch einmal das Vorhandensein konkreter Pläne und macht das Programm damit noch greifbarer und glaubhafter.

Beide Maßnahmen, Senkung der Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse und Zuckersteuer, werden darüber hinaus auch von Experten wir dem SVR Gesundheit empfohlen (SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen) (2024): "Fachkräfte im Gesundheitswesen. Nachhaltiger Einsatz einer knappen Ressource").

weitere Antragsteller*innen

Rüdiger Bergmann (KV Schleswig-Flensburg); Sabine Behrent (KV Hochtaunus); Marco Koll (KV Plön); Marco Voigt (KV Plön); Philipp Schmagold (KV Plön); Stephan Wiese (KV Lübeck); Katrin Eickhoff (KV Erlangen-Stadt); Gabriele Piachnow-Schmidt (KV Steinburg); Birgit Asmus-Mrozek (KV Steinburg); Susanne Bartels (KV Plön); Inga Goldammer (KV Plön); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Hanna Böttcher (KV Plön); Mirko Adam (KV Rosenheim); Esther Drewsen (KV Nordfriesland); Pavel Reich (KV Steinburg); Astrid Hilt (KV Saarpfalz); Yvonne Milker (KV Steinburg); Martin Drees (KV Plön); sowie 39 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.